

**H&K AG**  
**Oberndorf am Neckar**

**Testatsexemplar**

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr  
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie  
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

## **Inhaltsübersicht**

### **Jahresabschluss**

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

### **Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

### **Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften**

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deloitte-Organisation“). DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL-Mitgliedsunternehmen und verbundene Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für die der anderen. DTTL erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.deloitte.com/de/UeberUns](http://www.deloitte.com/de/UeberUns).

<b>Aktiva</b>				<b>Passiva</b>			
	31.12.2023		Vorjahr		31.12.2023		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR		EUR	EUR	TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>I. Sachanlagen</b>				<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	35.482.784,00		27.641
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		49.083,97	56	<b>II. Kapitalrücklage</b>	150.543.291,09		53.304
<b>II. Finanzanlagen</b>				<b>III. Bilanzgewinn</b>	<u>163.457.077,62</u>		<u>183.615</u>
Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>355.993.154,05</u>	<u>355.993</u>			<u>349.483.152,71</u>	<u>264.561</u>
		<u>356.042.238,02</u>	<u>356.049</u>				
<b>B. Umlaufvermögen</b>				<b>B. Rückstellungen</b>			
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				1. Steuerrückstellungen	9.876.606,04		7.724
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	104.891.104,02		59.037	2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.578.835,39</u>		<u>1.787</u>
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>826.430,68</u>		<u>1.836</u>			<u>11.455.441,43</u>	<u>9.511</u>
		105.717.534,70	60.873	<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
<b>II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>		<u>99.024,95</u>	<u>132</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40.115.702,22		40.107
		<u>105.816.559,65</u>	<u>61.005</u>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	216.445,92		245
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<u>6.420,85</u>	<u>12</u>	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40.196.091,12		142
<b>D. Aktive latente Steuern</b>		<u>16.709.600,00</u>	<u>19.020</u>	4. Sonstige Verbindlichkeiten	30.932.285,12		115.099
				davon aus Steuern:			
				EUR 52.855,71 (Vorjahr: TEUR 41)			
		<u>478.574.818,52</u>	<u>436.086</u>			<u>111.460.524,38</u>	<u>155.593</u>
				<b>D. Passive latente Steuern</b>		<u>6.175.700,00</u>	<u>6.421</u>
						<u>478.574.818,52</u>	<u>436.086</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023**

	2023		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	3.179.672,00		3.138
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.381.468,73		1.297
		4.561.140,73	4.435
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-954,94	-1
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-2.001.297,55		-1.931
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-136.129,71		-115
		-2.137.427,26	-2.047
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-6.891,82	-8
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-5.646.697,28	-4.804
7. Aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne	43.557.758,26		50.437
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.821.403,33		4.098
9. Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-40.065.575,28		0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.600.574,58		-7.700
		-5.286.988,27	46.835
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-10.221.280,04	3.510
12. Ergebnis nach Steuern		-18.739.098,88	47.919
13. Jahresfehlbetrag (i.Vj. Jahresüberschuss)		-18.739.098,88	47.919
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		182.196.176,50	135.696
15. Bilanzgewinn		163.457.077,62	183.615

# H&K AG, Oberndorf am Neckar

## Anhang für das Geschäftsjahr 2023

### Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der H&K AG, Oberndorf am Neckar, registriert am Amtsgericht Stuttgart unter HRB 748522, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 wurde nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB und des AktG erstellt.

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach den Vorschriften der §§ 266 ff. HGB, die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB.

Alle Beträge werden, soweit nichts anderes vermerkt ist, in Tausend Euro (TEUR, EUR'000) angegeben und dabei arithmetisch gerundet. Damit ist es möglich, dass manche Summen in diesem Abschluss leicht von der genauen arithmetischen Summierung der vorhergehenden Werte abweichen.

Die H&K AG, Oberndorf am Neckar, ist eine kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB. Erleichterungswahrechte für kleine Kapitalgesellschaften zur Erstellung des Jahresabschlusses werden teilweise in Anspruch genommen.

Seit dem 28. Juli 2015 sind die Aktien der H&K AG unter ISIN DE000A11Q133 an der Euronext Börse in Paris am „Euronext Access“ multilaterales Handelssystem (MTF) notiert. Da es sich hierbei nicht um einen organisierten Markt handelt, ist § 264d HGB nicht einschlägig. Der im Jahr 2023 an der Euronext im Durchschnitt ausgewiesene Aktienkurs lag wegen des sehr geringen Handelsvolumens deutlich über dem von uns ermittelten Wert einer Aktie.

Seit dem 25. April 2013 besteht zwischen der H&K AG (damals: Heckler & Koch Beteiligungs GmbH) und der Heckler & Koch GmbH, Oberndorf am Neckar, (HKO), ein Ergebnisabführungsvertrag, der am 2. Mai 2013 im Handelsregister der HKO eingetragen worden ist.

Seit dem 28. Januar 2014 besteht zwischen der H&K AG (damals: Heckler & Koch Beteiligungs GmbH) und der Heckler & Koch Management GmbH, Oberndorf am Neckar, (HKM), ein Ergebnisabführungsvertrag, der am 20. März 2014 im Handelsregister der HKM eingetragen worden ist.

# Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

## Sachanlagen

Das **Sachanlagevermögen** wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern erforderlich, außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Den nach der linearen Methode errechneten Abschreibungen liegen bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung Nutzungsdauern von 2 bis 14 Jahren zugrunde.

Sachanlagevermögen (andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) wird linear abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter, das sind Gegenstände mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 800,00 netto, werden ab dem 1. Januar 2023 aus Vereinfachungsgründen, nicht mehr wie in den Vorjahren im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben, sondern direkt auf einem gesonderten Konto im Aufwand erfasst.

## Finanzanlagen

**Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten, ggf. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert, bewertet. Abschreibungen werden nur durchgeführt, wenn die Wertminderung dauerhaft ist. Sofern die Gründe für eine Wertminderung nicht mehr bestehen, erfolgt eine Zuschreibung, maximal auf die Anschaffungskosten. Für die Ermittlung des Wertes wird auf Ertragswertberechnungen zurückgegriffen.

## Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert angesetzt. Falls notwendig werden für alle erkennbaren Einzelrisiken angemessene Wertberichtigungen gebildet. Forderungen, die als nicht mehr einbringlich angesehen werden, sind auf EUR 0,00 abgewertet.

**Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten** werden ebenfalls mit dem Nennwert angesetzt.

## Rückstellungen

**Rückstellungen** werden für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst, sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden auf Basis der veröffentlichten Zinssätze der Deutschen Bundesbank mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

## Verbindlichkeiten

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

## **Fremdwährungsumrechnung**

In Fremdwährung valutierende Vermögensgegenstände werden mit dem maßgeblichen Umrechnungskurs zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles erfasst. Am Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung zum Devisenkassamittelkurs der Europäischen Zentralbank des betreffenden Stichtags. Nicht realisierte Gewinne werden nur berücksichtigt, soweit sie Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen.

Die Währungsumrechnung für Verbindlichkeiten in fremder Währung erfolgt zu den jeweiligen Kursen am Entstehungstag. Am Bilanzstichtag erfolgt die Währungsumrechnung zum Devisenkassamittelkurs der Europäischen Zentralbank des betreffenden Stichtags. Nicht realisierte Gewinne werden nur berücksichtigt, soweit sie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen.

## **Latente Steuern**

**Latente Steuern** werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie für Steueransprüche aus steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen ermittelt. Letztere werden als werthaltig angesehen, soweit sie laut unserer aktuellen Planung im Planungszeitraum von 5 Jahren verwendet werden können. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis der Bruttobetrachtung. Latente Steueransprüche werden in den Aktiva, latente Steuerschulden in den Passiva ausgewiesen.

## **Mitzugehörigkeitsvermerke**

Einzelne Sachverhalte können im vorliegenden Gliederungsschema mehreren Bilanzposten zugeordnet werden. Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit werden dazu folgende Erläuterungen gegeben.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten nicht nur Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sondern auch die Forderungen aus Ergebnisabführung sowie Darlehens- und Zinsforderungen.

## Erläuterungen zum Jahresabschluss

### Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist diesem Anhang als Anlage beigefügt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die Beteiligung an der HKO in Höhe von TEUR 4.692 (Vj. TEUR 4.692) und die Beteiligung an der HKM in Höhe von TEUR 351.301 (Vj. TEUR 351.301).

### Aufstellung des Anteilsbesitzes:

Name/Sitz	Anteile in %	Währung	Eigenkapital 31.12.2023	Jahres- ergebnis 2023	Stichtagskurs zum EUR per 31.12.2023	Durchschnittskurs zum EUR für 2023
<b>Unmittelbar gehaltene Anteile</b>						
Heckler & Koch GmbH, Oberndorf am Neckar, Deutschland	5,1	TEUR	13.720	43.558*		
Heckler & Koch Management GmbH, Oberndorf am Neckar, Deutschland	100	TEUR	351.299	-40.066*		
<b>Mittelbar gehaltene Anteile</b>						
Heckler & Koch GmbH, Oberndorf am Neckar, Deutschland	94,9	TEUR	13.720	43.558*		
NSAF Limited, Nottingham, Großbritannien	100	TGBP	4.049	1.103	0,8691	0,8698
Small Arms Group Holding Inc., Columbus, Georgia, USA	100	TUSD	19.393	0	1,1050	1,0813
Heckler & Koch Defense Inc., Columbus, Georgia, USA	100	TUSD	-3.662	63	1,1050	1,0813
Heckler & Koch, Inc., Columbus, Georgia, USA	100	TUSD	22.109	2.552	1,1050	1,0813
Heckler & Koch France SAS, Saint Nom-la-Bretèche, Frankreich	100	TEUR	1.140	784		
H&K ITZ IMMOBILIEN Verwaltung GmbH, Oberndorf am Neckar, Deutschland	100	TEUR	21	-3		
H&K ITZ IMMOBILIEN GmbH & Co. KG, Oberndorf am Neckar, Deutschland	100	TEUR	-165	-165		
HK Greece Single-Member Société Anonyme, Chalandri, Griechenland	100	TEUR	-57	-82		

\* vor Ergebnisabführung

Seit dem 3. März 2023 werden mittelbar sämtliche Anteile der HK Greece Single-Member Société Anonyme (HKGR) gehalten.

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis beziehen sich auf die nach jeweiligem Landesrecht erstellten Abschlüsse.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** haben, wie im Vorjahr, Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.



Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 104.891 (Vj. TEUR 59.037) ergeben sich zu einem Teilbetrag von TEUR 459 (Vj. TEUR 475) aus Lieferungen und Leistungen und im Übrigen aus sonstigen Forderungen, darunter im Wesentlichen einer Darlehensforderung gegen die HKO in Höhe von TEUR 26.057 (Vj. TEUR 24.953) sowie sonstigen Forderungen aus der Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 78.375 (Vj. TEUR 33.609).

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 826 (Vj. TEUR 1.836) beinhalten im Wesentlichen Forderungen gegen einen Aktionär in Höhe von TEUR 706 (Vj. TEUR 706). Im Jahr 2022 waren zudem Steuerforderungen aus Vorjahren in Höhe von TEUR 903 in den sonstigen Vermögensgegenständen enthalten.

**Die Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten vorausbezahlte Aufwendungen für Folgejahre in Höhe von TEUR 6 (Vj. TEUR 12).

**Aktive latente Steuern** wurden in Höhe von TEUR 16.710 (Vj. TEUR 19.020) bilanziert. Ende 2023 sind latente Steueransprüche in Höhe von TEUR 8.600 (Vj. TEUR 9.700) aus steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen als werthaltig eingeschätzt worden, da sie laut unserer aktuellen Planung im Planungszeitraum von 5 Jahren verwendet werden können. Mögliche latente Steueransprüche in Höhe von TEUR 24.380 (Vj. TEUR 22.995), resultierend aus steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen, die wahrscheinlich erst nach unserem Planungszeitraum verwendet werden könnten, sind noch wertberichtigt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des Ertragsteuersatzes der H&K AG von aktuell 28,075 %. Der Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Die Bewertungsunterschiede der HKO und der HKM sind infolge der zwischen H&K AG und diesen zwei Unternehmen bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft vollständig auf Ebene der H&K AG ausgewiesen. Der Ansatz der latenten Steuern erfolgt auf Basis der Bruttobetachtung. Latente Steueransprüche werden aktivisch und latente Steuerschulden passivisch bilanziert. Die aktiven latenten Steuern entfallen im Wesentlichen auf die Rückstellungen und die steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen.

Das **Gezeichnete Kapital** der Gesellschaft wurde im Zuge einer Bezugsrechtskapitalerhöhung um EUR 7.841.864,00 auf EUR 35.482.784,00 durch Ausgabe von 7.841.864 neuen, auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien der Gesellschaft erhöht. Die Bezugsrechtskapitalerhöhung erfolgte zum Preis von EUR 13,40 je Aktie, basierend auf einer durch einen unabhängigen Sachverständigen verplausibilisierten Unternehmensbewertung. Im Rahmen dieser Kapitalerhöhung wurden die Rückzahlungsforderungen von zwei Großaktionären aus den von ihnen gewährten Gesellschafterdarlehen als Sacheinlagen eingebracht und damit in (handelsrechtliches) Eigenkapital der Gesellschaft umgewandelt. Der Bruttoemissionserlös der Kapitalerhöhung (ohne Sacheinlagen) beläuft sich auf insgesamt 10,1 Mio. EUR. Die Kapitalrücklage erhöhte sich um TEUR 97.239. Die Kapitalerhöhung wurde am 17. Mai 2023 in das Handelsregister eingetragen. Die neuen Aktien wurden am 19. Mai 2023 in die bestehende Preisfeststellung an der Euronext Access Paris einbezogen.

Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von TEUR 9.877 (Vj. TEUR 7.724) betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Körperschaftssteuer in Höhe von TEUR 5.293 (Vj. TEUR 3.833) und Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 4.583 (Vj. TEUR 3.845).

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Tantiemen in Höhe von TEUR 651 (Vj. TEUR 800), Rechtsstreitigkeiten in Höhe von TEUR 300 (Vj. TEUR 600), ausstehende Lieferantenrechnungen in Höhe von TEUR 211 (Vj. TEUR 225) sowie die Jahresabschlussprüfung in Höhe von TEUR 168 (Vj. TEUR 104).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** enthalten eine Konsortialkreditverbindlichkeit („CFA-Darlehen“) in Höhe von TEUR 40.000 (Vj. TEUR 40.000) und eine Zinsverbindlichkeit in Höhe von TEUR 116 (Vj. TEUR 107).

	Gesamtbetrag 31.12.2023 TEUR	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	über
				5 Jahre TEUR
CFA-Darlehen	40.000	0	40.000	0
(Vj.)	(40.000)	(0)	(40.000)	(0)
Zinsverbindlichkeit	116	116	0	0
(Vj.)	(107)	(107)	(0)	(0)
	<b>40.116</b>	<b>116</b>	<b>40.000</b>	<b>0</b>
(Vj.)	<b>(40.107)</b>	<b>(107)</b>	<b>(40.000)</b>	<b>(0)</b>

Diese Konsortialkreditverbindlichkeit betrifft eine 140 Mio. EUR Finanzierungsvereinbarung (CFA-Darlehen) vom 17. August 2022 mit einer anfänglichen Laufzeit von drei Jahren, sowie der Möglichkeit von Verlängerungen um bis zu zwei weiteren Jahren. Die erste Verlängerung um ein Jahr ist im Jahr 2023 beantragt und vereinbart worden. Der Zinssatz setzt sich aus einer Marge zzgl. EURIBOR (wenn positiv) zusammen, wobei die Zinsen nach Ablauf der festgelegten Zinsziehungsperiode (vertraglich wählbar: entweder 3 oder 6 Monate) zu zahlen sind. Die Marge beträgt anfangs 3,5 % und kann ab 2024, in Abhängigkeit von bestimmten Kennzahlen, zwischen 1,6 % und 3,5 % variieren. Für nicht in Anspruch genommene Fazilitäten werden Bereitstellungszinsen (35 % von der jeweils gültigen Marge) berechnet.

Resultierend aus dieser Vereinbarung erfasst der H&K AG Konzern zwei Finanzverbindlichkeiten an Banken:

- **Facility A**, ein besichertes Finanzierungsdarlehen an die HKO (31. Dezember 2023: 45 Mio. EUR, davon 10 Mio. EUR kurzfristig; 31. Dezember 2022: 50 Mio. EUR, davon 5 Mio. EUR kurzfristig);
- **Facility B**, ein besichertes Finanzierungsdarlehen an die H&K AG (31. Dezember 2023: 40 Mio. EUR; 31. Dezember 2022: 40 Mio. EUR).

Ein weiterer Teil der CFA-Finanzierungsvereinbarung ist

- **Facility C**, eine 50 Mio. EUR Aval- und Kontokorrentlinie, welche zum Stichtag 31. Dezember 2023 sowie zum 31. Dezember 2022 nur als Avallinie in Anspruch genommen und somit als Eventualverbindlichkeit nicht bilanziert wurde. Die Zinsen und anderen Bedingungen dieser Linien unterliegen weiteren Zusatzvereinbarungen mit den Konsortialbanken.

Die H&K AG und ihre Tochtergesellschaften unterliegen durch die CFA-Finanzierungsvereinbarung im Hinblick auf bestimmte Transaktionen strengen Einschränkungen; der Konzern muss zudem bestimmte Konzern-Eigenkapitalwerte (nach IFRS) sowie Verhältnisse zwischen den Nettoschulden und den vertraglich definierten EBITDA („Financial Covenants“) einhalten. Der Konzern ist berechtigt, Teilzahlungen oder auch eine komplette Rückzahlung des CFA-Darlehens zu leisten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** beinhalten - neben den Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung aus dem laufenden Jahr (TEUR 40.066) - Restverbindlichkeiten inklusive aufgelaufener Zinsen

aus dem seit 2014 bestehendem Ergebnisabführungsvertrag gegenüber der HKM in Höhe von TEUR 130 (Vj. TEUR 142).

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von TEUR 30.932 (Vj. TEUR 115.099) enthalten vor allem Verbindlichkeiten aus Finanzierungsgeschäften in Höhe von TEUR 30.879 (Vj. TEUR 115.058). Davon sind TEUR 8.000 (Vj. TEUR 80.000) Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen.

	Davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamtbetrag			
	31.12.2023	bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Hybriddarlehen I	3.000	0	0	3.000
(Vj.)	(30.000)	(0)	(0)	(30.000)
Hybriddarlehen II	5.000	0	0	5.000
(Vj.)	(50.000)	(0)	(0)	(50.000)
Hybriddarlehen III	1.500	0	0	1.500
(Vj.)	(15.000)	(0)	(0)	(15.000)
Vendor Loan	21.322	0	21.322	0
(Vj.)	(20.000)	(0)	(0)	(20.000)
Zinsverbindlichkeiten (bzgl. Vendor Loan)	58	0	58	0
(Vj.)	(58)	(0)	(0)	(58)
	30.879	0	21.379	9.500
(Vj.)	(115.058)	(0)	(0)	(115.058)

Hybriddarlehen I: Am 28. März 2018 wurde der H&K AG durch die Aktionärin COMPAGNIE DE DEVELOPPEMENT DE L'EAU S.A. (CDE) ein Überbrückungskredit („Überbrückungskredit I“) in Höhe von 30 Mio. EUR gewährt, der Ende April 2018 ausbezahlt worden ist. Dieser Kredit war unbesichert und zinsfrei und hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 15. Juli 2019. Im November 2018 ist die Laufzeit bis zum 15. Juli 2023 verlängert worden; ein Zinssatz in Höhe von 2 %, mit Rückwirkung auf den Zeitpunkt der Auszahlung, und einer vierteljährlichen Umbuchung der Zinsverbindlichkeiten auf das Darlehen, wurden ebenfalls vereinbart. In einer weiteren Änderungsvereinbarung wurde nach Beendigung des Sanierungstarifvertrages zum 30. Juni 2021 aufgrund der deutlich verbesserten Finanz- und Ertragslage des Unternehmens der Zinssatz im Rahmen der vertraglich vereinbarten Bandbreite ab 1. Oktober 2021 auf 6,5 % angepasst. Durch eine Änderungsvereinbarung vom 18. August 2022 wurden die Bedingungen des Darlehens mit Rückwirkung auf 1. Januar 2022 angepasst und der ursprüngliche Nominalwert des Darlehens in ein „Hybrid-Darlehen“ in Höhe von 30 Mio. EUR auf unbestimmte Zeit umgewandelt. Die bis 31. Dezember 2021 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 2,7 Mio. EUR wurden am 30. November 2022 bezahlt. Ab 1. Januar 2022 ist das Darlehen grundsätzlich mit 10 % p.a. zu verzinsen, wobei der Zins nur unter bestimmten Voraussetzungen zu gewähren ist. Der Zinsanspruch steht unter dem Vorbehalt, dass die Hauptversammlung der H&K AG gemäß Vorschlag des Vorstands eine Dividendenausschüttung an die Inhaber von Stammaktien für dasselbe Geschäftsjahr beschließt. Deswegen werden diese Ansprüche erst mit Eintritt dieser Voraussetzungen nach der Hauptversammlung im Folgejahr gegebenenfalls bilanziert. Die Hauptversammlung im Juni 2023 hat die Ausschüttung einer Dividende beschlossen, somit sind im Jahr 2023 3,0 Mio. EUR Ansprüche auf Hybridzinsen im Zinsaufwand erfasst und dem Darlehensbetrag hinzugeschrieben worden. Die entsprechende Eventualverbindlichkeit zum 31. Dezember 2023 beträgt rund 1,4 Mio. EUR. Wie oben bei der Erläuterung des gezeichneten Kapitals beschrieben, ist im Mai 2023 der ursprüngliche Nominalwert dieses Hybriddarlehens im Wesentlichen als Sacheinlage im Rahmen der Kapitalerhöhung eingebracht worden.

Hybriddarlehen II: Ende November 2018 erfolgte eine zusätzliche Darlehensgewährung durch die CDE, von der auch der Überbrückungskredit I eingeräumt worden war, an die H&K AG in Höhe von 50 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 15. Juli 2023 und einem Zinssatz von 2 %; die aufgelaufenen Zinsen werden vierteljährlich dem Darlehen zugeschrieben („Überbrückungskredit II“). In einer Änderungsvereinbarung wurde nach Beendigung des Sanierungsstarifvertrages zum 30. Juni 2021 aufgrund der deutlich verbesserten Finanz- und Ertragslage der Zinssatz im Rahmen der vertraglich vereinbarten Bandbreite ab 1. Oktober 2021 ebenfalls auf 6,5 % angepasst. Durch eine Änderungsvereinbarung vom 18. August 2022 wurden die Bedingungen des Darlehens mit Rückwirkung auf 1. Januar 2022 angepasst und der ursprüngliche Nominalwert des Darlehens in ein „Hybrid-Darlehen“ in Höhe von 50 Mio. EUR auf unbestimmte Zeit umgewandelt. Die bis 31. Dezember 2021 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 3,8 Mio. EUR wurden am 30. November 2022 bezahlt. Ab 1. Januar 2022 ist das Darlehen grundsätzlich mit 10 % p.a. zu verzinsen, wobei der Zins nur unter bestimmten Voraussetzungen zu gewähren ist. Der Zinsanspruch steht unter dem Vorbehalt, dass die Hauptversammlung der H&K AG gemäß Vorschlag des Vorstands eine Dividendenausschüttung an die Inhaber von Stammaktien für dasselbe Geschäftsjahr beschließt. Deswegen werden diese Ansprüche erst mit Eintritt dieser Voraussetzungen nach der Hauptversammlung im Folgejahr gegebenenfalls bilanziert. Die Hauptversammlung im Juni 2023 hat die Ausschüttung einer Dividende beschlossen, somit sind im Jahr 2023 5,0 Mio. EUR Ansprüche auf Hybridzinsen im Zinsaufwand erfasst und dem Darlehensbetrag hinzugeschrieben worden. Die entsprechende Eventualverbindlichkeit zum 31. Dezember 2023 beträgt rund 2,4 Mio. EUR. Wie oben beim Gezeichneten Kapital beschrieben ist im Mai 2023 der ursprüngliche Nominalwert dieses Hybriddarlehens im Wesentlichen als Sacheinlage bei der Kapitalerhöhung eingebracht worden.

Hybriddarlehen III: Ende Februar 2020, um uns die Einhaltung bestimmter SFA-Vertragsbedingungen zu erleichtern, hat ein weiterer Hauptaktionär der H&K AG einen unbesicherten Überbrückungskredit in Höhe von 15 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 15. Juli 2023 gewährt und ausbezahlt. Der vereinbarte Zinssatz war 6,5 %, die aufgelaufenen Zinsen wurden vierteljährlich dem Darlehen zugeschrieben. Die dafür in der SFA-Darlehensvereinbarung vorgesehene Teiltilgung des SFA-Darlehens in Höhe von 10,5 Mio. EUR (70 % der aufgenommenen Summe) erfolgte im Oktober 2020. Durch eine Änderungsvereinbarung vom 18. August 2022 wurden die Bedingungen des Darlehens mit Rückwirkung auf 1. Januar 2022 angepasst und der ursprüngliche Nominalwert des Darlehens in ein „Hybrid-Darlehen“ in Höhe von 15 Mio. EUR auf unbestimmte Zeit umgewandelt. Die bis 31. Dezember 2021 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 1,9 Mio. EUR wurden am 30. November 2022 bezahlt. Ab 1. Januar 2022 ist das Darlehen grundsätzlich mit 10 % p.a. zu verzinsen, wobei der Zins nur unter bestimmten Voraussetzungen zu gewähren ist. Der Zinsanspruch steht unter dem Vorbehalt, dass die Hauptversammlung der H&K AG gemäß Vorschlag des Vorstands eine Dividendenausschüttung an die Inhaber von Stammaktien für dasselbe Geschäftsjahr beschließt. Deswegen werden diese Ansprüche erst mit Eintritt dieser Voraussetzungen nach der Hauptversammlung im Folgejahr gegebenenfalls bilanziert. Die Hauptversammlung im Juni 2023 hat die Ausschüttung einer Dividende beschlossen, somit sind im Jahr 2023 1,5 Mio. EUR Ansprüche auf Hybridzinsen im Zinsaufwand erfasst und dem Darlehensbetrag hinzugeschrieben worden. Die entsprechende Eventualverbindlichkeit zum 31. Dezember 2023 beträgt rund 0,7 Mio. EUR. Wie oben beim Gezeichneten Kapital beschrieben ist im Mai 2023 der ursprüngliche Nominalwert dieses Hybriddarlehens im Wesentlichen als Sacheinlage bei der Kapitalerhöhung eingebracht worden.

Am 18. August 2022 hat einer der Hauptaktionäre der H&K AG, der unsere Anleihe hielt, ein unbesichertes Darlehen („Vendor Loan“) in Höhe von 20 Mio. EUR mit einer Laufzeit von sechs Jahren gewährt. Der vereinbarte Zinssatz ist 6,5 %; die aufgelaufenen Zinsen werden jährlich dem Darlehen zugeschrieben. Zusammen mit der Inanspruchnahme von Facility B des CFA-Darlehens in Höhe von 40 Mio. EUR konnte die Anleihe am 16. Dezember 2022 vollständig zurückgekauft werden. Durch die Zuschreibung der aufgelaufenen Zinsen im Dezember 2023 erhöhte sich das Darlehen auf 21,3 Mio. EUR (2022: 20,0 Mio. EUR).

Die Zinsverbindlichkeiten Ende 2023 betreffen das Vendor Loan und betragen TEUR 58 (Vj. TEUR 58).

Gemäß der aktuellen 5-Jahres-Planung des Konzerns wird für 2024 und die Folgejahre von einer positiven Liquiditätsentwicklung aus der operativen Geschäftstätigkeit ausgegangen, die zur Deckung von Investitions- und vertraglichen Zinszahlungen als ausreichend erwartet wird.

Aus Bewertungsunterschieden der Handelsbilanz zur Steuerbilanz bei den Organgesellschaften ergeben sich **passive latente Steuern** in Höhe von TEUR 6.176 (Vj. TEUR 6.421). Die Bewertungsunterschiede der HKO und der HKM sind infolge der zwischen diesen zwei Unternehmen und der H&K AG bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft vollständig auf Ebene der H&K AG ausgewiesen. Die passiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen die Beteiligung an der HKM sowie das Anlagevermögen.

## **Gewinn- und Verlustrechnung**

Die **Umsatzerlöse** beinhalten Erträge aus Konzerndienstleistungen in Höhe von TEUR 3.180 (Vj. TEUR 3.138).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von TEUR 1.381 (Vj. TEUR 1.297) enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Weiterbelastung von Konzerndienstleistungen in Höhe von TEUR 1.366 (Vj. TEUR 1.137).

Der **Personalaufwand** in Höhe von TEUR 2.137 (Vj. TEUR 2.047) umfasst im Wesentlichen Gehälter in Höhe von TEUR 1.341 (Vj. TEUR 1.098) und Gratifikationen in Höhe von TEUR 660 (Vj. TEUR 834). Zudem sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 30 (Vj. TEUR 32) im Personalaufwand enthalten.

In den **Abschreibungen auf Sachanlagen** sind nur planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 7 (Vj. TEUR 8) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von TEUR 5.647 (Vj. TEUR 4.804) enthalten insbesondere Nebenkosten des Geldverkehrs (TEUR 2.496 inkl. Eigenkapitalbeschaffungskosten; Vj. TEUR 1.860 inkl. Refinanzierungskosten), Aufwendungen für bezogene Konzerndienstleistungen (TEUR 1.366; Vj. TEUR 1.137) und Aufwendungen aus Rechts- und Beratungskosten (TEUR 1.182; Vj. TEUR 1.516). Darüber hinaus sind Kosten der Personalbeschaffung, Miet- sowie weitere sonstige Aufwendungen enthalten.

Die **aufgrund von Gewinnabführungsverträgen erhaltenen Gewinne** betragen TEUR 43.558 (Vj. TEUR 50.437). Auf die HKO entfallen Gewinne aus EAV in Höhe von TEUR 43.558 (Vj. TEUR 33.609) und auf die HKM in Höhe von TEUR 0 (Vj. TEUR 16.828).

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** betragen TEUR 4.821 (Vj. TEUR 4.098), davon TEUR 4.785 (Vj. TEUR 3.958) aus verbundenen Unternehmen.

Die **Aufwendungen aus Verlustübernahmen** betragen TEUR 40.066 (Vj. TEUR 0) und enthalten den auszugleichenden Verlust der HKM.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** ergeben insgesamt TEUR 13.601 (Vj. TEUR 7.700) und enthalten im Wesentlichen Zinsen für die Hybriddarlehen in Höhe von TEUR 9.500 (Vj. TEUR 0), Zinsen für Facility B in Höhe von TEUR 2.720 (Vj. TEUR 271) sowie Zinsen für das Vendor Loan in Höhe von TEUR 1.322 (Vj. TEUR 58). Im Vorjahr enthielt diese Position im Wesentlichen Zinsen für die Anleihe in Höhe von TEUR 3.792, Zinsen für das SFA-Darlehen in Höhe von TEUR 1.247 sowie Zinsen aus der Ergebnisabführung von HKM in Höhe von TEUR 1.473.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	TEUR	TEUR
Aufwand (Vorjahr: Ertrag) aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	(2.064)	10.754
Gewerbeertragsteuer	(3.610)	(3.620)
Körperschaftsteuer	(4.060)	(4.090)
Periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge	(487)	466
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>(10.221)</b>	<b>3.510</b>

Ende 2023 sind latente Steueransprüche der H&K AG in Höhe von TEUR 8.600 (Vj. TEUR 9.700) aus steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen als werthaltig eingeschätzt worden, da sie laut unserer aktuellen Planung im Planungszeitraum von 5 Jahren verwendet werden können. Mögliche latente Steueransprüche in Höhe von TEUR 24.380 (Vj. TEUR 22.995), resultierend aus steuerlich vortragsfähigen Zinsaufwendungen, die wahrscheinlich erst nach unserem Planungszeitraum verwendet werden könnten, sind noch wertberichtigt.

## Sonstige Angaben

### Mitarbeiter

Die Gesellschaft hat zum Geschäftsjahresende 2023 außer dem Vorstand fünf (Vj. fünf) Mitarbeiter beschäftigt.

### Haftungsverhältnisse

Zur Besicherung der Verpflichtungen aus dem CFA-Darlehen für den H&K AG Konzern (Nominal einschließlich aufgelaufener Zinsen zum 31. Dezember 2023: 86,4 Mio. EUR; Vj. 90,9 Mio. EUR; Inanspruchnahme Avallinie zum 31. Dezember 2023: 13,9 Mio. EUR; Vj. 14,7 Mio. EUR), davon H&K AG 40,1 Mio. EUR (Vj. 40,1 Mio. EUR), sind bestimmte direkte und indirekte Tochtergesellschaften der H&K AG dieser Vereinbarung als Garanten beigetreten. Außerdem wurden die Anteile an der HKM und an bestimmten direkten und indirekten Töchtern, sowie durch Globalzessionen und andere Sicherheitsvereinbarungen bestimmte Anlagevermögen, Vorräte, Forderungen und Bankkonten an den Treuhänder der Konsortialbanken verpfändet. Die H&K AG haftet aus der CFA-Darlehensvereinbarung als Darlehensnehmer sowie durch die Bestellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten verbundener Unternehmen zum 31. Dezember 2023 für Darlehensinanspruchnahmen der HKO (Nominal einschließlich aufgelaufener Zinsen: 46,3 Mio. EUR; Vj. 50,8 Mio. EUR) sowie für Avallinie-Inanspruchnahmen der HKO in Höhe von 13,9 Mio. EUR (Vj. 14,7 Mio. EUR).

## **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen insgesamt TEUR 236 (Vj. TEUR 241). Diese resultieren aus langfristigen Mietverträgen. Ein Bestellobligo besteht, wie im Vorjahr, nicht.

## **Vorstand**

Dr. Jens Bodo Koch, Vorstandsvorsitzender (CEO)

Dr. Björn Krönert, Finanzvorstand (CFO) (bis 30. September 2023)

Andreas Schnautz, Finanzvorstand (CFO) (seit 1. Oktober 2023)

Marco Geißinger, Vertriebsvorstand (CSO) (seit 1. Oktober 2023).

Im Berichtsjahr betragen die Gesamtbezüge des Vorstandes der H&K AG TEUR 1.197 (Vj. TEUR 1.242).

## **Aufsichtsrat**

Dr. Rainer Runte, Rechtsanwalt, Vorsitzender

Nicolaus P. Bocklandt, Kaufmann, stellv. Vorsitzender

Dr. Regina Engelstädter, Rechtsanwältin, Mitglied

## **Konzernverhältnisse**

Die H&K AG, Oberndorf am Neckar, ist ein Mutterunternehmen und erstellt deshalb einen Konzernabschluss unter Einbeziehung aller unmittelbaren und mittelbaren Tochterunternehmen. Dieser Konzernabschluss wird im Unternehmensregister offengelegt.

Seit Juli 2020 ist das Unternehmen davon ausgegangen, dass die Aktienmehrheit an der H&K AG bei der COMPAGNIE DE DEVELOPPEMENT DE L'EAU S.A., Luxemburg, Luxemburg („CDE“) (unmittelbar) bzw. Sofi Kapital Ltd., Christ Church, Barbados (mittelbar) liegt („Sofi Kapital Ltd.“). Dieses Verständnis leitete sich aus der Tatsache ab, dass die CDE der H&K AG im August 2020 die nachstehend unter Ziff. 1 und 2 aufgeführten Mitteilungen nach § 20 AktG zukommen ließ und dies schon im Juli 2020 ankündigte. Des Weiteren war die CDE in der Lage, bei der Anmeldung zu allen nachfolgenden Hauptversammlungen der H&K AG entsprechende Aktienbesitznachweise zum Nachweis der Mehrheitsbeteiligung vorzulegen. Aufgrund des (mittelbaren) Besitzes der CDE an den Sammelaktienurkunden, in denen die 15.000.787 H&K AG-Aktien verbrieft sind, streitet insbesondere die unwiderlegliche Vermutung des § 123 Abs. 4 Satz 5 AktG im Verhältnis zur H&K AG dafür, dass die CDE mit den 15.000.787 H&K-Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Stimmrechtsausübung berechtigt ist.

Zwischen der CDE und Herrn Andreas Heeschen, Köln, ist umstritten, wem das Eigentum aus den 15.000.787 H&K AG-Aktien zusteht und ob die CDE eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG hält. Die CDE und Herr Heeschen streiten über vorstehende Rechtsfrage vor Gericht. Während das Landgericht Frankfurt mit Urteil vom

25. Februar 2022 im Wesentlichen der CDE recht gegeben hatte, hat das Oberlandesgericht Frankfurt in der Berufungsinstanz mit Urteil vom 15. Dezember 2023 festgestellt, dass die 15.000.787 H&K AG-Aktien bislang noch im Eigentum des Herrn Heeschen stehen, gleichzeitig aber Herrn Heeschen verurteilt, 13.925.498 dieser 15.000.787 H&K AG-Aktien an die CDE zu übereignen. Das Urteil des OLG Frankfurt vom 15. Dezember 2023 ist nicht rechtskräftig, da Herr Heeschen Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesgerichtshof erhoben hat. Die Eigentumsfrage an den 15.000.787 H&K AG-Aktien ist damit noch nicht abschließend geklärt.

Die im Kalenderjahr 2023 vorgenommene Kapitalerhöhung ist mit Eintragung im Handelsregister am 17. Mai 2023 wirksam geworden. Der vorstehend erwähnte Gesellschafterstreit, insbesondere das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main vom 15. Dezember 2023, hat auf die Kapitalerhöhung keinen Einfluss.

Meldungen nach § 20 AktG:

1. Die CDE hat uns am 20. August 2020 eine Mitteilung gem. § 20 Abs. 1 und 4 AktG übermittelt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an der H&K AG sowie gleichzeitig eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG gehört.

2. Die Sofi Kapital Ltd. hat uns am 20. August 2020 eine Mitteilung gem. § 20 Abs. 1 und 4 AktG übermittelt, dass ihr mittelbar, kraft Zurechnung gemäß § 16 Abs. 4 AktG über die CDE, mehr als der vierte Teil der Aktien an der H&K AG sowie gleichzeitig eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG gehört.

3. Herr Nicolas René Walewski, London, Vereinigtes Königreich, hat uns am 23. Juni 2022 eine Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG übermittelt, dass aufgrund einer Zurechnung gemäß § 16 Abs. 4 AktG über die Sofi Kapital Ltd. und die CDE gilt, dass er als Treugeber (i) mittelbar mehr als den vierten Teil der Aktien an der H&K AG (mit Blick auf eine Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 AktG) sowie gleichzeitig (ii) mittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG (mit Blick auf eine Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) hält.

4. Herr Gérard Philippe Emile Claude Lussan, Christ Church, Barbados, hat uns am 24. Juni 2022 eine Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG übermittelt, dass er gemäß § 16 Abs. 4 AktG über die Sofi Kapital Ltd. und die CDE kraft Zurechnung mittelbar mehr als den vierten Teil der Aktien an der H&K AG (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 AktG) sowie gleichzeitig mittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) hält.

5. Die Concorde Bank Limited, Bridgetown, Barbados, hat uns am 24. Juni 2022 eine Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG übermittelt, dass aufgrund einer Zurechnung gemäß § 16 Abs. 4 AktG über die Sofi Kapital Ltd. und die CDE gilt, dass die Concorde Bank Limited als Treunehmerin mittelbar mehr als den vierten Teil der Aktien an der H&K AG (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 AktG) sowie gleichzeitig mittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der H&K AG (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) hält.

### **Ergebnisverwendungsvorschlag**

Vorstand und Aufsichtsrat der H&K AG schlagen der Hauptversammlung vor, aus dem zum 31. Dezember 2023 im Jahresabschluss ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 163.457 (davon Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR 182.196), eine Dividende in Höhe von EUR 0,06 pro Aktie auszuschütten und den restlichen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.



## **Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht**

Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der H&K AG, dass die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 bei den im vorstehenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten und aufzuführen- den vorgenommenen Rechtsgeschäften und getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem das jeweilige Rechtsgeschäft vorgenommen oder die jeweilige Maß- nahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

## **Nachtragsbericht**

Bis zur Erstellung dieses Anhangs gab es nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 bei der H&K AG keine wei- teren nennenswerten operativen oder strukturellen Veränderungen oder Geschäftsvorfälle.

Oberndorf am Neckar, 25. März 2024

H&K AG

Der Vorstand

Dr. Jens Bodo Koch

Andreas Schnautz

Marco Geißinger

## H&amp;K AG, Oberndorf am Neckar

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2023 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres		31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	
					1.1.2023 EUR	Abgänge EUR				
I. Sachanlagen										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	101.447,88	0,00	1.748,80	99.699,08	45.472,09	6.891,82	1.748,80	50.615,11	49.083,97	55.975,79
II. Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	355.993.154,05	0,00	0,00	355.993.154,05	0,00	0,00	0,00	0,00	355.993.154,05	355.993.154,05
	356.094.601,93	0,00	1.748,80	356.092.853,13	45.472,09	6.891,82	1.748,80	50.615,11	356.042.238,02	356.049.129,84

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die H&K AG, Oberndorf am Neckar

**Prüfungsurteil**

Wir haben den Jahresabschluss der H&K AG, Oberndorf am Neckar, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

**Grundlage für das Prüfungsurteil**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

**Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.


Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Stuttgart, den 25. März 2024

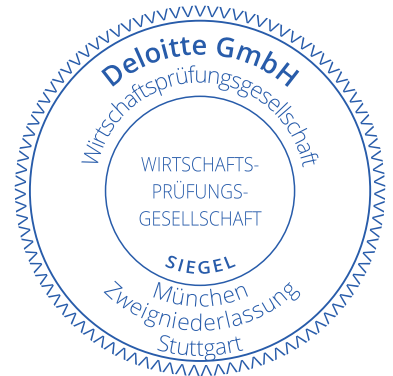
**Deloitte GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

DocuSigned by:  
  
409C80BCCFF04EE...

Franz Klinger  
Wirtschaftsprüfer

DocuSigned by:  
  
0B82FA21878C4A1...

Stephan Sick  
Wirtschaftsprüfer



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.